

1 Funktionen und Aufgaben der öffentlichen Universitäten

a. Wie würden Sie diesen „öffentlichen Auftrag“ der öffentlichen Universitäten beschreiben? Welche Funktionen, Aufgaben und Leistungen erachten Sie als zentral?

Die öffentlichen Universitäten haben den Auftrag, durch Forschung und Lehre zu einer der gesamten Gesellschaft gedeihlichen Entwicklung beizutragen, sie sollen nach den sozialen Prinzipien der Gleichheit, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit Wissen erstreben und generieren, das in einem allgemeinen Bildungsprozess der Öffentlichkeit zugute kommt, und erfüllen auch eine wichtige demokratische Kontroll- und Orientierungsfunktion.

b. Sind diese gesamtgesellschaftlichen Systemleistungen der öffentlichen Universitäten Ihres Erachtens noch aktuell? Sind sie weiterhin sicherzustellen, zu stärken oder abzubauen? Sehen Sie Veränderungsbedarf in inhaltlicher Hinsicht?

Diese Systemleistungen öffentlicher Universitäten sind aus unserer Sicht in ihrer sozialen und gesamtgesellschaftlichen Systemleistungen zu stärken und auszurichten. Wie das Beispiel des Umgangs im universitären Raum mit dem Völkermord in Gaza und mit dem Protest dagegen im Umfeld der Universitäten zeigt, aber auch die gesamteuropäischen und österreichischen Entwicklungen hin zu einer zunehmenden autoritären Eliminierung der demokratischen Rechtsstaatlichkeit belegen. Die öffentlichen Universitäten dürfen nicht zu Systemstützen mutieren, sondern sollen eine kritische und demokratisch-kontrollierende Funktion ermöglichen.

c. Wie schätzen Sie diese Problematik ein? Sehen Sie hier Interventionsbedarf? Wenn ja, was schlagen Sie vor?

Die beschriebene Problematik sehen wir als einen Ausdruck einer zunehmenden Entfremdung der Primärzwecke und der öffentlich-sozialen Aufgabe der Universitäten hin zu einer Orientierung auf wirtschaftliche Effizienzlogiken und Partikularinteressen. Lehre und Forschung sind gleichwertig und dürfen nicht vollständig entkoppelt werden. Nur eine auch budgetär reflektierte Reorientierung an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Universitäten und ihres sozialen Auftrags kann es ermöglichen, dass die Forschung Wissen generiert, das durch die Lehre an die Gesellschaft weitergegeben wird.

d. Wie stehen Sie dazu, dass die öffentlichen Universitäten von ihren Aufgaben an der Spitze des österreichischen Bildungssystems zunehmend abgezogen werden? Bis zu welchem Punkt (falls überhaupt) lassen sich die negativen Folgen dieser politischen Entscheidung für das österreichische Bildungssystem, den österreichischen Arbeitsmarkt und das gesamtgesellschaftliche (Aus-) Bildungsniveau Ihres Erachtens sachlich rechtfertigen?

Den zunehmenden Abzug der öffentlichen Universitäten von ihren Aufgaben an der Spitze des österreichischen Bildungssystems sehen wir als eine gefährliche Entwicklung an. Das Verhalten der österreichischen Regierung im Angesicht des derzeit in Gaza stattfindenden Völkermords durch Verschweigen und Unterstützen, die zunehmende Entdemokratisierung der Gesellschaft hin zu Autoritarismus und die Hinwendung zu Nato und Kriegswirtschaft sehen wir als Ausdruck derselben Politik und derselben politischen Entscheidungslogiken, wie sie diesem zunehmenden Abzug der öffentlichen Universitäten von ihren Aufgaben zugrundeliegen. Insofern lässt sich diese Entscheidung für das österreichische Bildungssystem in unseren Augen nicht sachlich rechtfertigen.

e. Wie stehen Sie dazu, dass aktuell ein entgegengesetzter, von Bildungswissenschaftler:innen einhellig kritisierter Weg eingeschlagen wird?

Wir sind für gleiche Bildung für alle, für Gerechtigkeit und Demokratisierung im gesamten Bildungssystem und deshalb für forschungsgeleitete Lehre auf allen Ebenen. Den entgegengesetzten aktuellen Weg lehnen wir ab .

f. Für wie relevant halten Sie diese positiven Effekte forschungsgeleiteter Lehre?

Wir halten diese Effekte für elementar und für eine Voraussetzung des Werts von Forschung. Die Ergebnisse der Forschung sollen weder selbstreferentiell, noch Privatinteressen dienend sein. Nur die forschungsgeleitete Lehre ermöglicht eine demokratische, wechselseitig reflektierende Orientierung an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe.

g. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

Der Begriff der Bildung ist ein zentraler Begriff des Gesellschaftsganzen und vital lebenswichtig für eine funktionierende demokratische Gesellschaft. Er ist fortlaufend zu erweitern und anzupassen an gesellschaftliche Entwicklung. Eine Reduktion des Bildungsbegriffes auf einseitige kumulative oder monogerechte Konzepte folgt einer Rechtfertigungslogik, die Bildung nach der Politik zurechtstellen will. Demgegenüber setzen wir auf eine Verlebendigung des Bildungsbegriffes durch Demokratisierung und Reorientierung an gesellschaftlichen Bedürfnissen.

h. Wie stehen Sie dazu?

Vor jeder Änderung und weiteren Novellierung des Universitätsgesetzes ist ein inneruniversitärer, demokratischer und partizipativer Prozess anzuregen, der den vorhandenen tatsächlichen Bedarf und Lösungsrichtungen erhebt und nicht ein top-down politischer Prozess (facts first, the law will follow) sein darf.

2 Stellenwert der öffentlichen Universitäten

a. Welchen Stellenwert (Größe, Budget, rechtliche Aspekte) sollen öffentliche Universitäten Ihres Erachtens in Zukunft im österreichischen Hochschulsystem einnehmen?

Wir sehen die Aufgaben der Universitäten an der Spitze des österreichischen Bildungssystems und ihre prinzipiengeleitete gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gemäß dem Stellenwert, den wir einer sozial gerechten, gleichen und umfassenden Bildung beimessen, sehen wir die Ausstattung (sowohl in Hinsicht auf Raum als auch finanzielle und rechtliche Absicherung) des österreichischen Hochschulsystems als eine der primären staatlichen Aufgaben. Die Ausrichtung des Hochschulsystems an „ökonomischen“ Politiklogiken lehnen wir ab.

b. Wie stehen Sie zu diesem jüngst vorgenommenen Kurswechsel? Wie sehen Sie dessen Vor- und Nachteile?

Wir sehen die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Universitäten (inklusive deren Schnittstellen-, Ausgleichs- und Vermittlungsfunktion) als nicht verhandelbar an, sondern als Voraussetzung und Garant einer am Gemeinwohl orientierten demokratischen Entwicklung. Die Unterordnung unter Profitlogiken lehnen wir ab. Deshalb wollen wir hier einen Kurswechsel erreichen. Die Aufrechterhaltung der Kooperationen Österreichs mit Israel besonders auch im militärischen sowie sicherheits- und überwachungstechnologischen

Bereich sehen wir als einen Ausdruck derselben einseitigen Politiklogik einer Unterordnung unter „FTI“ ohne demokratische Kontrolle und auf Kosten des Allgemeinwohls.

c. Wie schätzen Sie diese Zusammenhänge ein? Sehen Sie in der nun von der Spitze der Gesellschaft ausgehenden, strukturell verankerten Abwertung wissenschaftlicher und demokratischer Werte und Praktiken ein Risiko, das hingenommen werden muss? Oder sehen Sie hierin ein zu lösendes Problem? Wenn ja, welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?

Wir sind genau aufgrund des Protests gegen diese beschriebenen Entwicklungen als Liste GAZA bei den Nationalratswahlen angetreten. Die zunehmende Entdemokratisierung und Autoritarisierung der Gesellschaft, die Abwertung sozialer und demokratischer Grundsätze, die zunehmenden elitär getroffenen Entscheidungen an einer schmalen politischen Führungsspitze, die Zweckreduktion von Wissenschaft, die faktische Ausgrenzung und Marginalisierung großer, ja mehrheitlicher Bevölkerungsteile von demokratischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen sehen wir als alarmierend und nicht hinnehmbar. Als den Gipfel dieser Entwicklung sehen wir die offenkundige Unterstützung der österreichischen Regierung für einen Völkermord sowie das Außerkraftsetzen von Verfassungsbestandteilen (Neutralität, Grundrechte). Wir erkennen auch in der hochschulpolitischen Ausrichtung ein Symptom dieser Entwicklung. Der Weg, den wir einschlagen wollen, setzt eine fundamentale politische Kurskorrektur voraus.

d. Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit einer unabhängigen, institutionalisierten, wissenschaftlichen Beratungsleistung in Hochschulfragen? Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit, einer wissenschaftsbasierten Politikberatung in hochschulspezifischen und FTI-spezifischen Angelegenheiten einen gleich hohen Stellenwert einzuräumen?

Wir erkennen die Notwendigkeit einer unabhängigen, institutionalisierten, wissenschaftlichen Beratungsleistung in Hochschulfragen, wir denken, dass die derzeit akklamierten Effizienzlogiken abzulehnen sind, insbesondere, wenn es um gesamtgesellschaftliche relevante Felder (wie Hochschulpolitik) geht. Wissenschaftsbasierte Politikberatung ist in einer demokratischen Gesellschaft ebenfalls eine Notwendigkeit in unseren Augen. Die Gleichwertigkeit von hochschulspezifischen und FTI-spezifischen Angelegenheiten ist für uns selbstverständlich. Politik braucht demokratische Kontrolle – wir sind gegen eine technokratische Politik und gegen eine politische Technokratie.

3 Leistungsmessung und Rankings

a. Wie stehen Sie zu dieser Entscheidung? Welche Lösung sehen Sie für das Problem, dass die genannten Rankings in internationaler Hinsicht ein Auslaufmodell darstellen?

Wir lehnen die derzeitige Orientierung in der österreichischen Universitätspolitik ab, wir lehnen die Orientierung an primär ökonomisch-effizienzorientierten Messmethoden und Rankings ab, die jeweils als Legitimation für politische Programmatiken dienen. Die österreichische Bildung und deren Qualität ist nicht outcome-messbar, es sollen wissenschaftliche und unabhängige Werkzeuge zur Orientierung herangezogen werden, doch die Voraussetzung für gedeihliche Entwicklung sehen wir in einer Stärkung demokratischer Beteiligung für alle im Bildungsprozess – Mitgestaltung und Mitentscheidung.

b. Wie sehen Sie diese Problematik?

Wir lehnen die Orientierung am anglo-amerikanischen Universitätsmodell ab, wir lehnen Orientierung an Elitenbildung und Verwertungslogiken ab. Auch in diesen Entwicklungen sehen wir ein Symptom der derzeit dominanten österreichischen Politikrichtung: Orientierung an den USA (und der EU). Wir wollen eigenständige europäische Hochschulentwicklungen im Geiste einer Bildung für alle.

c. Welche Ziele lassen sich Ihres Erachtens mit universitärem Marketing via Rankings realiter erreichen? Was kann die erhoffte „Sichtbarkeitssteigerung“ Ihres Erachtens konkret bewirken?

Unseres Erachtens nach dürfen Universitäten und Bildung keinen Marktgesetzen unterworfen werden. Vielmehr sehen wir in solchem universitären Marketing, in den Rankings eine Kurzsichtigkeit und partielle Blindheit der Politikausrichtung, eine Unterordnung unter selbst erzeugte Sachzwänge mit „selbsterfüllender Spirallogik“. Und in der erhofften „Sichtbarkeitssteigerung“ sehen wir das Symptom einer zunehmenden Schere zwischen immer weniger „elitengebildeten“ Menschen und immer mehr „unzureichend gebildeten“ Menschen in einem Bildungssystem der Konkurrenzlogik – eine Kontrathese gegenüber jeder Bildungsgerechtigkeit.

d. Für wie weitreichend halten Sie die Folgen dieser verzerrten Leistungsmessung? Wie bewerten Sie den Umstand, dass Universitäten – ausschließlich zu-gunsten verbesserter Rankingplatzierungen der Gesamtuniversität – bestimmte Disziplinen und Fach-bereiche zugunsten anderer gezielt verkleinern? Ist die Möglichkeit, solche Umschichtungen ohne sach-liche Rechtfertigung vorzunehmen, angesichts der ausschließlich negativen, teils irreversiblen Folgen für die österreichische Forschungs-, Innovations- und Bildungslandschaft politisch verantwortbar? Welche Lösungswege sehen Sie für das Problem?

Wir halten die Folgen für sehr weitreichend, das lässt sich nicht nur an den Universitäten zeigen, sondern ebenso an den Schulen und sogar im Elementarbildungsbereich. Wir halten alle Entscheidungen auf einer anderen Grundlage als der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und der Orientierung an öffentlicher Forschung und Lehre für nicht verantwortbar. Die Lösung sehen wir in einer fundamentalen Kurskorrektur der österreichischen Politik und einem demokratischen Auftrag an den gesamten Hochschul- und Bildungsbereich und der darin Beschäftigten sowie Lernenden, sich unabhängig ein Bild über Bedarf und Notwendigkeiten von Bildung zu machen, das an die Politik rückgemeldet wird.

e. Wie schätzen Sie diese Problematik ein? Wie stehen Sie zu der von vielen Seiten geäußerten Empfehlung, den aktuellen Rückbau komplexer Infrastrukturen zu begrenzen? Für wie überzeugend halten Sie den Vorschlag, den derzeitigen Kurs der Spezialisierung und Schwerpunktbildung durch eine komplementäre forschungs-, innovations- und hoch-schulpolitische Strategie zu ergänzen?

Wir sind gegen die Unterordnung von Universitäten unter Effizienzlogiken. Gewachsene Strukturen sind in reflektierten, demokratisch den gesamten Hochschul- und Bildungsbereich und die darin Beschäftigten sowie Lernenden einbindenden Prozessen zu reflektieren und an Gegebenheiten anzupassen. Darin sehen wir die Voraussetzung für die Entwicklung nachhaltiger Politikstrategien im Bereich. Multidisziplinarität und Interdisziplinarität bieten Synergiewirkungen und müssen möglich bleiben.

4 Personalpolitik

a. Was sollten aus Ihrer Sicht die wichtigsten Leitprinzipien universitärer Personalpolitik sein? Welche Ziele sind zu erreichen, welche Gefahren zu vermeiden?

Leitprinzipien universitärer Personalpolitik sollten sein: Die Ermöglichung des gesamtgesellschaftlichen Auftrags durch die österreichischen Universitäten, die Ermöglichung von Freiheit, Unabhängigkeit und Gleichwertigkeit von Forschung und Lehre, die höchstmögliche Egalität in Bezug auf Dienstverhältnisse, Entlohnung und Mitbestimmung. Damit sind auch die Ziele der Personalpolitik gegeben – Gefahren bestehen in der Beschränkung der Unabhängigkeit von Wissenschaft, Bildung, Lehre und Forschung durch Prekarität, Befristung, Abhängigkeitslogiken, Konkurrenzprinzipien, Hierarchisierung, Entdemokratisierung.

b. Wie stehen Sie zu diesem Dumping-wettbewerb im Bereich der Personalkosten? Werden Sie sich für eine Korrektur des ihm zugrundeliegenden Anreizsystems einsetzen?

Wir werden uns einsetzen für eine Gesamtkurskorrektur – die Impulse zur Sicherstellung obiger Leitprinzipien können nur aus dem Bereich der Universitäten selbst kommen, unter Einbindung aller darin Beschäftigten und Lernenden. Entkoppelung von Marktlogiken und daran orientierter Politik.

c. Wie stehen Sie zu dieser Frage?

Siehe Antwort b.

d. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Wir sind für eine Enthierarchisierung der Personalstruktur an den Universitäten. Unser Eintreten für eine zentrale Aufgabe der Universitäts- und Gesamtbildung als einer allgemeinen Bildung in demokratischer und sozialer Verantwortung erfordert eine Gesamtkurskorrektur. Damit verbunden ist eine Aufwertung des Universitätsbereichs, was in der Personalstruktur reflektiert werden muss. Die Orientierung an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe ermöglicht ein Näherrücken aller Gesellschaftsfelder – und damit auch die Möglichkeiten von beständigen, aber auch flexiblen Karrierewegen. (siehe auch Antwort b.)

e. Wie beurteilen Sie dieses Vorhaben und dessen Zielsetzung?

Es braucht eine viel umfassendere Kurskorrektur mit strukturellen, tiefgreifenden Maßnahmen weg vom derzeitigen Kurs hin zu einer Sicherstellung der Leitprinzipien und der öffentlichen Aufgabe von Universitätsbildung. Diese Kurskorrektur soll unter Einbezug der Universitäten selbst kommen, unter Einbindung aller darin Beschäftigten und Lernenden. Nur so kann eine Lösung der Befristungs- und Prekaritätsproblematik erfolgen.

f. Wie stehen Sie zu dieser Frage?

Die Problematik kann nicht vom Dach aus angegangen und gelöst werden. Obergrenzen sind symptomorientierte Maßnahmen, die Kreuz- und Negativeffekte mit sich bringen, wenn nicht strukturell an der zugrundeliegenden Problematik angesetzt wird. Wir sind für eine Gesamtkorrektur universitärer Politik, jedenfalls gegen jede Prekarisierung. (siehe Antwort b.)

5 Finanzierung

a. Wie stehen Sie zu diesem Vorhaben?

Für uns ist Bildung eine staatliche Aufgabe und als solche zu finanzieren. Wir sind für Ressourcengewinnung durch die Aufgabe von milliardenschweren Rüstungsprojekten (Skyshield etwa) und Kriegsunterstützung. Öffentliche Aufgaben sollen öffentlich finanziert werden.

b. Welche Relation zwischen Basis- und Drittmittelfinanzierung der öffentlichen Universitäten erachten Sie als zielführend? Besteht hier Ihres Erachtens Änderungsbedarf?

Siehe Antwort a.

c. Welche Möglichkeiten sehen Sie, im Bereich der staatlichen Drittmittelförderung zu einer akzeptablen Kosten-Nutzen-Relation zurückzukehren? Welche Wege sehen Sie, um die Effizienz des überforderten, hypertrophen Systems wiederherzustellen?

Als Liste GAZA sehen wir in diesen vier Buchstaben den symbolischen Ausdruck eines politischen Systems, das in eine Einbahn steuert. Wir sind für eine fundamentale Kurskorrektur österreichischer Politik und damit für den Beginn von Prozessen, die Neudenken erst ermöglichen.

d. Welche Möglichkeiten sehen Sie, einen ernstzunehmenden, funktionierenden und transparenten Wettbewerbsprozess, der institutionelle Vorabsprache ausschließt, im Bereich der staatlichen Drittmittelvergabe wiederherzustellen?

Siehe Antwort a und c.

6 Internationalisierung

a. Was verstehen Sie unter „Internationalisierung“? Auf welche Bereiche sollte sie sich beziehen? Nach welchen Kriterien sollte „Internationalität“ (wenn überhaupt) gemessen werden: nach internationalen Kooperationen, Netzwerken, Publikationen, Lehr- und Forschungsinhalten oder Forschungsaufenthalten, nach der Unterrichtssprache, nach internationalem Personal oder der Studierendendemobilität?

Unter Internationalisierung verstehen wir den Austausch, die Vernetzung, wechselseitige Lernprozesse im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe von Universitäten, gleiche, umfassende, öffentliche und allgemeine Hochschulbildung in Forschung und Lehre zu ermöglichen. Diese Universitäten sollen demokratisch selbstbestimmt und so offen wie möglich gestaltet sein. Wissen ist nicht national beschränkbar. Insofern gilt Internationalität als ein Gesamt kommunizierendes Gefäß, das Aspekte alles Obengenannten einschließt.

b. Wie stehen Sie zu diesem Weg der Internationalisierung und seinen Zielsetzungen? Sehen Sie Veränderungsbedarf? Wenn ja, in welcher Hinsicht?

Wir lehnen diesen Weg der Internationalisierung ab. Internationalisierung von Hochschulbildung muss denselben Kriterien unterliegen wie auch in Bezug auf die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben von Universität. Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit von Forschung und Lehre sowie die Partnerschaftlichkeit müssen im Vordergrund stehen. Das kann nur durch weitgehende demokratische Selbstbestimmung der Universitäten erfolgen. Wir stehen für einen grundsätzlichen Kurswechsel, also sehen wir einen

Veränderungsbedarf. Es braucht eine Neuorientierung, die als Prozess politisch angeregt werden muss.

c. Welche Lösung schlagen Sie für diesen Zielkonflikt zwischen optimierter Rankingplatzierung und rechtskonformen Verfahren vor?

Gleichbehandlungsgebot und Diskriminierungsverbot wirken im Sinne von Demokratisierung, Gleichheit und Gerechtigkeit. Sie sollen durch das Recht geschützt und definiert sein. Rankingplatzierungen und daran orientierte Politikvorgaben gehorchen demgegenüber Markt- und Wirtschaftlichkeitskriterien. Das lehnen wir für die Hochschulen und die Bildung ab. Es braucht eine Neuorientierung, die als Prozess politisch angeregt werden muss.

d. Wenn ja, wie ist hier Ihres Erachtens vorzugehen?

Wir sind für eine Grundkurskorrektur. Als elementar dafür sehen wir einen umfassenden Prozess der inneruniversitären Reflexions- und Definitionsprozess (Stichwort: Selbstbestimmung) sowie den Einbezug aller Betroffenen darin. Eine Aufgabe in diesem Prozess wird die Aufarbeitung der Hochschulpolitik und von deren Auswirkungen der letzten Jahrzehnte sein.

e. Wie stehen Sie zu diesen Folgen des österreichischen Wegs der Hochschulinternationalisierung? Sehen Sie Veränderungsbedarf? Wenn ja, was schlagen Sie vor?

Bildung und ihre Aufgaben sind von Marktlogiken unabhängig anzulegen und sind die Aufgabe des Staates, der die Präsenz aller Bildungsfelder im Gesamtwohl sicherzustellen hat. Internationalisierung im Sinne einer wirtschaftsliberalen, „ökonomisch messbaren“ „Wertzuschreibung“ lehnen wir ab.

f. Wie stehen Sie zur Einführung dementsprechender Quoten?

Bildung muss allen zugute kommen. Bildungsgerechtigkeit und Gleichheit (gleiche Zugangsmöglichkeiten) sind ein Muss. Dementsprechende Quoten stehen im Widerspruch dazu.

7 Autonomie und Management, Partizipation und Kontrolle

a. Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Universitätsautonomie der letzten 20 Jahre? Was ist gelungen und sollte gegebenenfalls verstärkt werden? Wo sehen Sie Defizite und Veränderungsbedarf?

Die Selbstverwaltung der letzten zwanzig Jahre ist zu sehen in einer zunehmenden Unter- und Einordnung in Marktgesetzmäßigkeiten, neoliberale Wirtschaftslogiken und politische Verantwortungsablehnung. Eine Autonomie der Universitäten als Stätten freier Bildung und Forschung ist zu gewährleisten, insofern als die Universitäten demokratisch und inneruniversitär selbstbestimmt sein sollen unter Einbezug aller Betroffenen. Die Gewährleistung von Bildung ist in unseren Augen aber eine staatliche Aufgabe.

b. Erachtens Sie dies als Problem? Wenn ja, für welchen Lösungsweg plädieren Sie?

Wir sind grundsätzlich gegen die Unterwerfung von Bildung unter Markt- und Wirtschaftslogiken, wir sehen darin eine staatliche Aufgabe, öffentliche und gleiche Bildung allen zugänglich zu machen.

c. Wie schätzen Sie die Notwendigkeit einer Modernisierung des Managements der öffentlichen Universitäten ein? Welches Vorgehen schlagen Sie für die Suche nach geeigneten, zeitgemäßen Managementmodellen vor?

Wir sprechen uns gegen die „ökonomisch legitimierte“ Unterordnung des Bildungsbereiches unter Marktlogiken aus. Der Bildungsbereich ist eine öffentliche Angelegenheit und Aufgabe. Wir sind für die demokratische Stärkung des gesamten Universitätsbereichs. Ein Management der Universitäten kann nur unter Einbezug der Universitäten selbst kommen, unter Einbindung aller darin Beschäftigten und Lernenden. Einen solchen Reorientierungsprozess wollen wir anregen.

d. Sind diese Empfehlungen Ihres Erachtens ernstzunehmen? Sind die damit verknüpften Policy-Rat-schläge auch in Österreich aufzugreifen und umzusetzen? Wenn ja, wann und in welchem Ausmaß sollte dies stattfinden?

Wir sind für eine Anregung eines demokratischen Reorientierungsprozesses in den österreichischen Universitäten seitens der österreichischen Politik. Das kann nur von den Universitäten im Gesamt erfolgen.

e. Wie sehen Sie diese Entwicklung? Wurde Ihres Erachtens ausreichend nach Alternativen zur Wiedereinschränkung der Universitätsautonomie gesucht? Sehen Sie solche Alternativen?

Wir sind für ein Höchstmaß der Beteiligung und Einbindung aller an österreichischen Universitäten Beschäftigten und Lernenden sowie für die Demokratisierung der Universitäten. Autonomie und die Unterwerfung unter Marktlogik stehen im Widerspruch dazu.

f. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag des Wissenschaftsrats? Wie stehen Sie zu der darin enthaltenen Empfehlung, das Konzept der Universitätsautonomie neu zu denken und dementsprechend weiterzuentwickeln?

Wir unterstützen alle Prozesse, die der Stärkung inneruniversitärer Partizipation und Teilhabe dienen. Die Universitäten sind in unseren Augen ein Gesamt, dessen Funktionieren nur durch ein Höchstmaß an Demokratie und Mitbestimmung sowie Gleichheit zu gewährleisten sind.

8 Vorhaben in Regierungsverhandlungen und Legislaturperiode

a. Welchen Stellenwert weisen Sie der Forschungs-, Innovations-, Universitäts- und Bildungspolitik im Programm Ihrer Partei/ Bewegung/ Liste zu?

Wir sind eine Protestliste im Angesicht des Verschweigens bzw. der offenen Unterstützung des Völkermords in Palästina durch die österreichischen Parteien. Als Protestliste wollen wir Impulse setzen, um die durch das politische System Österreichs marginalisierten Stimmen hörbar zu machen. Ein Beispiel war das verwerfliche Verhalten auch einiger Universitätsinstitutionen bzw. ihrer Apparate in Bezug auf die Solidarität mit dem Anliegen der Palästinenser:innen. Wir haben kein Parteiprogramm, da wir eine Liste sind, die für eine Breite der Gesellschaft steht und verschiedene Politikansätze verfolgt. Wir haben ein Wahlprogramm. So sind wir für eine Neutralitäts- und Friedensregierung, dafür Mittel für Soziales statt für Rüstung (z.B. Skyshield) zu verwenden und auf dem Prinzip, dass Demokratie und Selbstbestimmung mehr soziale Gerechtigkeit verlangen. Wir wollen eine fundamentale Kurskorrektur erreichen. Alle diese Forderungen weisen eine hohe Relevanz für die Bildungs- und Hochschulpolitik auf. Der Bildung geben wir einen hohen Stellenwert.

Wir wollen einen Neudefinitionsprozess anregen, der den Universitäten ihre demokratische Selbstbestimmung unter Einbezug aller zurückgibt.

b. Wie wichtig sind Ihnen die oben skizzierten Probleme und Potenziale der öffentlichen Universitäten, die – im Gegensatz zu anderen Hochschultypen – an der Schnittstelle des Forschungs- und Bildungssystems angesiedelt sind und dem Allgemeinwohl, der Öffentlichkeit und in diesem Sinne auch einer bestmöglichen österreichischen Politik verpflichtet sind?

Sehr wichtig.

c. Gibt es Punkte, die Ihnen wichtig sind, zuvor noch nicht genannt wurden und zu denen Sie Stellung beziehen möchten?

Nein.

d. Welche Punkte würden Sie gegebenenfalls in Regierungs- bzw. Koalitionsverhandlungen als Ihre wichtigsten Anliegen einbringen?

Wir beabsichtigen keine Regierungsbeteiligung.

e. Wie stehen Sie zur aktuellen Aufteilung der Agenden zwischen den Ministerien? Sind Sie für deren Beibehaltung? Oder plädieren Sie für eine Veränderung?

Wir sind für einen weiteren demokratischen Einbezug der Universitäten in ihrem Gesamt in den politischen Prozess und für eine neue Wahrnehmung deren öffentlicher Gesamtaufgabe sowie der Aufgabe des Staates zur Gleichheit und Sicherstellung von umfassender Bildung. Wir wollen demokratische Gestaltungsprozesse von Unten in die politischen Kursentscheidungen einbezogen wissen.

f. Wie sehr sind Sie an der konkreten Mitgestaltung der Forschungs-, Innovations-, Hochschul- und Bildungspolitik interessiert? Sind Sie an der Übernahme der Verantwortung einer der Agenden des (jetzigen) BMBWF oder (jetzigen) BMK interessiert?

Wir sind über unsere Kandidat:innen und unsere Unterstützer:innen in Hochschul- und bildungspolitische Prozesse an der Basis und in den Universitäten etc. einbezogen, wo wir uns auch artikulieren. Wir setzen unsere Kraft darin, dass wir uns demokratische Geltung verschaffen können. Da wir für eine grundsätzliche Kurskorrektur sind, steht für uns am Anfang die Ermöglichung von Veränderung. Erst nach einem Neudefinitions- und -reflexionsprozess kann es um konkrete Gestaltung gehen.